

Sicherheitsrisiko in Gefängnissen

Gewerkschaft fordert mehr Personal, eine bessere Besoldung und mehr Anerkennung für die Arbeit

Von Annett Gehler

Arnstadt. Angesichts anhaltender Personalnot in den Thüringer Gefängnissen sieht der Bund der Strafvollzugsbediensteten die Sicherheit gefährdet. „Wir können mit dem derzeitigen Personalbestand nicht mehr den gesetzlichen Anforderungen genügen“, kritisierte der Landesvorsitzende Jörg Bursian.

Nach seinen Angaben fehlen im Strafvollzug im Freistaat rund 100 Bedienstete. Das führe dazu, dass viele Maßnahmen, auf die Gefangenen ein Anrecht hätten, nicht mehr umgesetzt würden.

So müssten etwa Freizeitangebote für Insassen oder deren Aufenthalte in der Gemeinschaft gestri-

chen werden. Das führe zu einem zu Spannungen unter den Häftlingen und nehme zum anderen den Bediensteten die Möglichkeit, die Insassen besser kennenzulernen. Auch Sicherheitskontrollen in den Zellen gebe es aufgrund fehlender Mitarbeiter nicht mehr so häufig, sagte Bursian. Die permanente Überlastung der Mitarbeiter führe außerdem zu einem Anstieg krankheitsbedingter Fehlzeiten.

Die Arbeit im Vollzug sei nicht nur wegen der hohen psychischen Belastungen, sondern ebenso wegen der Wechselschichten unattraktiv. „Das spiegelt sich aber nicht in der Besoldung wider“, meinte Bursian. Die Nachteile im Justizvollzugsdienst würden nicht aufgefan-

gen. Auch die Beförderungspraxis lasse zu wünschen übrig. Zwar habe das Justizministerium im Frühjahr 2019 ein Personalentwicklungskonzept vorgelegt. Doch bleibe es da bei der Feststellung fehlender Stellen und werde nicht erklärt, wie der Missstand beseitigt werden solle, monierte der Landeschef der Fachgewerkschaft. „Der Gesetzgeber muss seiner Verpflichtung nachkommen und die Haftanstalten endlich mit dem erforderlichen Personal ausstatten.“ In den fünf Thüringer Gefängnissen in Arnstadt, Goldlauter, Hohenleuben, Tonna und Untermaßfeld arbeiten laut Bursian rund 800 Vollzugsbedienstete. Schätzungsweise 30 Prozent von ihnen sind Frauen. *dpa*



Die Sicherheit in Thüringer Gefängnissen sieht der Bund der Strafvollzugsbediensteten gefährdet.

FOTO: MARCO KNEISE